

SCHWYZER

## FREISINN

Für alle, die den Wecker stellen

**Neues Parteiprogramm der FDP Kanton Schwyz**

Mit Blick auf die anstehenden Wahlen, hat die Delegiertenversammlung ein neues Parteiprogramm verabschiedet. Mehr dazu **S. 4/5**

**Aus dem Regierungsrat**

Regierungsrat Damian Meier gibt einen Einblick in die Herausforderungen und Lösungsansätze seines Departements. **S. 6/7**

**Aus dem Kantonsrat**

Kantonsrat Pirmin Geisser schreibt über das hohe Eigenkapital des Kantons Schwyz und warum das kein Freipass für eine dauerhafte Erhöhung der Staatsausgaben ist **S. 8**

**Delegiertenversammlung in Goldau**

An der DV diskutierten die Delegierten bei der Schreinerei Karl Bucher AG in Goldau über die Abstimmungsvorlagen vom 27. Sept. und beschlossen das neue Parteiprogramm. **S. 9**

Herbstanlass

**Samstag, 19. September 2026**  
Ital Reding-Hofstatt in Schwyz

Öffentlicher  
Anlass

## Bundesrätin Karin Keller-Sutter besucht Schwyz

Ständerätin Petra Gössi im  
Gespräch mit Bundesrätin  
Karin Keller-Sutter



**15.30 Uhr**  
Eintreffen, Apéro  
und Austausch

**16.45 Uhr**  
Motivationsrede  
durch Co-Präsident  
Benjamin Mühlemann

**17.00 Uhr**  
Gespräch  
mit Bundesrätin  
Karin Keller-Sutter

**17.30 Uhr**  
Ausklang bei Apéro  
und Gesprächen

FDP

www.fdp-sz.ch

## AGENDA

- **3. September 2026**  
Ortsparteipräsidentenkonferenz  
Innerschwyz
- **10.–13. September 2026**  
GEWA Innerschwyz
- **19. September 2026**  
Herbstanlass

- **24. September 2026**  
Ortsparteipräsidentenkonferenz  
Ausserschwyz und Mitte
- **27. September 2026**  
Abstimmungssonntag
- **17. Oktober 2026**  
FDP-Landsgemeinde, Langenthal
- **20. Oktober 2026**  
Delegiertenversammlung  
FDP Kanton Schwyz

- **12. November 2026**  
Ortsparteipräsidentenkonferenz
- **29. November 2026**  
Abstimmungssonntag

**Bitte beachten Sie: Allfällige Terminanpassungen werden auf unserer Homepage unter [www.fdp-sz.ch/aktuell/agenda](http://www.fdp-sz.ch/aktuell/agenda) aufgeführt. Weitere Veranstaltungshinweise finden Sie auf den Homepages der Ortsparteien. Aktuelles entnehmen Sie der Homepage: [www.fdp-sz.ch](http://www.fdp-sz.ch)**



### Liebe Freisinnige

Die eidgenössischen Wahlen rücken näher. Es ist offensichtlich, dass es im Parlament mehr Freisinn und mehr liberale Kräfte braucht, um unser Land vorwärtszubringen. Damit das Realität wird, muss die FDP im Wahlkampf glänzen – und genau das werden wir: **Dank unseres neuen Auftritts wird die FDP aus der Masse herausstechen.** Den entscheidenden Unterschied macht aber nicht das Design, sondern unser Anspruch: Statt wie die anderen Parteien einfach nur Probleme zu bearbeiten, streben wir nach Lösungen für eine Schweiz, die auch morgen zu den besten Orten der Welt zum Leben und Arbeiten gehört.

### Wir sind die Partei der Lösungen

In den vergangenen zwölf Monaten ist uns das gelungen: Die FDP ist bei vier entscheidenden Volksabstimmungen vorausmarschiert und hat den Takt angegeben. Viermal haben wir gewonnen: beim Bodigen der Juso-Enteignungs- und der 10-Millionen-Initiative sowie bei der Beseitigung des Eigenmietwerts und der Einführung der Individualbesteuerung. Dank der FDP ist die verfassungswidrige Heiratsstrafe endlich abgeschafft! **Diese Erfolge zeigen, wie nahe wir mit unserer Politik bei den Leuten sind.** Vor allem aber zeigen sie, was möglich ist, wenn wir Menschen mit liberaler Haltung mobilisieren können. Wenn sie mitziehen und sich engagieren. Dafür ein herzliches Dankeschön!

### Wohlstand fällt nicht vom Himmel

Wie wichtig eine starke freisinnige Präsenz im Parlament ist, das zeigte sich in den letzten Monaten etwa beim Mercosur-Freihandelsabkommen: Unsere Fraktion war die einzige Bundesratspartei, die geschlossen für offene Märkte, Arbeitsplätze und wirtschaftliche Chancen stimmte. Offenbar haben inzwischen viele andere vergessen, dass Wohlstand nicht vom Himmel fällt. Er muss erarbeitet werden von Menschen, die anpacken und Verantwortung übernehmen – Bürgerinnen und Bürger, die Tag für Tag den Wecker stellen und dafür sorgen, dass die Schweiz funktioniert. Dieser Einsatz ist für uns Verpflichtung: **Die FDP macht Politik für ein Land, in dem die Menschen am Ende des Tages mehr vom Lohn im Portemonnaie haben.** Wir bekämpfen mit aller Kraft unnötige Bürokratie und neue Steuern.

### Arbeit, Sicherheit und Infrastruktur

Damit Menschen und Unternehmen sich entfalten und etwas aufbauen können, braucht es noch viel mehr als eine vernünftige Steuerpolitik: Ebenso wichtig sind eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, eine sichere Energieversorgung und genügend Wohnraum. Deshalb müssen wir Bewilligungsverfahren beschleunigen, Bürokratie abbauen und dafür sorgen, dass in der Schweiz wieder schneller gebaut werden kann. **Und letztlich gehört die Sicherheit zur DNA von uns Freisinnigen:**

### Wohlstand braucht ein sicheres Fundament.

Deshalb muss unsere Armee rasch wieder verteidigungsfähig werden – nachgerüstet ohne einen Rappen neue Steuern.

### Nein zur «Neutralitätsinitiative»

Zu einer sicheren Schweiz gehört ausserdem politische Handlungsfähigkeit. Genau diese gefährdet die «Neutralitätsinitiative», wie unser Bundesrat Ignazio Cassis in seinem Interview (Seite 4) aufzeigt. **Am 27. September sagen wir deshalb klar Nein zur «Neutralitätsinitiative» – und damit Ja zur bewährten Schweizer Neutralität.**

Liebe Freisinnige, die Schweiz braucht uns und unsere Werte mehr denn je. Packen wir es gemeinsam an!

**Susanne Vincenz-Stauffacher,**  
Co-Parteipräsidentin und Nationalrätin

**Benjamin Mühlemann,**  
Co-Parteipräsident und Ständerat

# Ein Kanton der Möglichkeiten

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freisinnige

Die Schweiz gehört zu den erfolgreichsten Ländern der Welt. Dieser Erfolg ist kein Zufall. Er beruht auf Menschen, die Verantwortung übernehmen – für sich selbst, für ihre Familien, für ihre Unternehmen und für die Gemeinschaft. Er beruht auf Freiheit, Eigeninitiative und dem Vertrauen, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten in erster Linie selbst regeln können.

Doch genau dieses Vertrauen gerät zunehmend unter Druck. Immer häufiger wird nach neuen Gesetzen, zusätzlichen Vorschriften und staatlichen Eingriffen gerufen. Für jedes Problem scheint es eine neue Regel, eine neue Kontrolle oder eine neue Subvention zu brauchen. Dabei entsteht leicht der Eindruck, der Staat könne jede Herausforderung lösen.

Das Gegenteil ist der Fall. Gesetze allein schaffen weder Verantwortung noch Zusammenhalt. Sie können einen Rahmen setzen, aber sie können den gesunden Menschenverstand, den Unternehmergeist und das persönliche Engagement nicht ersetzen. Eine Gesellschaft, die immer mehr Verantwortung an den Staat delegiert, verliert Schritt für Schritt ihre Eigenständigkeit – und mit ihr einen wesentlichen Teil ihrer Freiheit.

Die FDP ist überzeugt: Ein starker Staat braucht starke Bürgerinnen und Bürger – nicht immer mehr Vorschriften. Eigenverantwortung ist deshalb kein Schlagwort, sondern die Voraussetzung für eine freie, innovative und solidarische Gesellschaft. Wer Verantwortung übernimmt, entlastet den Staat, stärkt die Gemeinschaft und schafft Raum für Fortschritt.

Das neue Parteiprogramm der FDP Kanton Schwyz knüpft an diese liberale Grundüberzeugung an. Es zeigt auf, wie wir den Kanton für die Zukunft stärken wollen: indem die Bevölkerung und die Wirtschaft entlastet werden, mit einem starken Bildungssystem für einen starken Kanton, indem die Sicherheit gewährleistet wird und die Zuwanderung im Griff gehalten wird, das Bauen vereinfacht wird, mit einer qualitativ hochstehenden und bezahlbaren Gesundheitsversorgung, mit Mobilität für alle Regionen, einer Umweltpolitik, basierend auf Innovation, sowie einem Kanton, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Nicht der Ausbau staatlicher Strukturen führt zum Erfolg, sondern das Vertrauen in die Fähigkeiten der Menschen.

Verantwortung bedeutet aber auch, sich einzubringen. Unsere direkte Demokratie und unser

Milizsystem leben davon, dass Bürgerinnen und Bürger bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – in Vereinen, Behörden, Unternehmen oder der Politik. Freiheit und Verantwortung gehören untrennbar zusammen. Wer die Freiheit erhalten will, muss bereit sein, Verantwortung zu tragen.

Mit dem neuen Parteiprogramm bekennt sich die FDP des Kantons Schwyz klar zu diesem liberalen Kompass. Es ist eine Einladung, die Zukunft nicht dem Staat zu überlassen, sondern sie gemeinsam zu gestalten – mit Mut, Eigenverantwortung und dem Vertrauen in die Menschen. Denn ein Kanton der Möglichkeiten entsteht nicht durch immer mehr Gesetze, sondern mit liberalen Werten und Bürgerinnen und Bürgern, die Verantwortung übernehmen.



**Urs Rhyner,**  
Kantonsrat, Parteipräsident



Mit dem Parteiprogramm «Ein Kanton Schwyz der Möglichkeiten – mit liberalen Werten voran!» hat die FDP Kanton Schwyz ihre Leitlinien für die kommenden Jahre festgelegt. Es soll Orientierung schaffen – für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, Kandidierende und Ortsparteien.

Ein Parteiprogramm ist mehr als eine Sammlung einzelner Forderungen. Es soll zeigen, wie sich liberale Grundsätze auf die konkreten Herausforderungen unseres Kantons übertragen lassen. Die detaillierten Positionen und Massnahmen finden sich im beigelegten Parteiprogramm. Hier geht es deshalb vor allem um die Gedanken dahinter.

## Breit abgestützt entstanden

Einen ersten Entwurf erarbeiteten Julia Cotti und Nico Lalli auf Basis von FDP-Positionen und aktuellen politischen Herausforderungen. Anschliessend wurde das Programm in der Geschäftsleitung, mit den Ortsparteien sowie an der Delegiertenversammlung in Einsiedeln beraten und weiterentwickelt. An der Delegiertenversammlung vom 29. Juni in Goldau verabschiedeten die Delegierten das neue Parteiprogramm einstimmig.

## Wirtschaft schafft die Grundlage

Am Anfang steht die Wirtschaft. Nicht nur, weil die FDP eine liberale Wirtschaftspartei ist, sondern weil eine starke Wirtschaft die Grundlage für Arbeitsplätze, gute Löhne, Innovation, Steuereinnahmen – und damit auch für einen leistungsfähigen Staat – bildet.

Schwyz soll ein Kanton bleiben, in dem sich Arbeiten, Investieren und unternehmerisches Engagement lohnen. Der Staat muss nicht bei jeder neuen Herausforderung zuerst fragen, was zusätzlich reguliert werden könnte. Er sollte vielmehr prüfen, welche Hürden beseitigt werden können. Wer etwas aufbaut, Verantwortung übernimmt und Arbeitsplätze schafft, soll gute Rahmenbedingungen vorfinden.

## Bildung schafft Chancen

Chancengerechtigkeit beginnt nicht bei immer mehr Umverteilung, sondern bei guter Bildung. Jedes Kind soll die Chance erhalten, seine Fähigkeiten zu entwickeln und sein Potenzial auszuschöpfen.

Dazu gehören Fördern und Fordern. Wer Unterstützung braucht, soll sie möglichst früh erhalten. Gleichzeitig darf Schule Leistung einfordern und Kinder auf ein selbstständiges Leben vorbereiten. Gute Bildungspolitik heisst auch, Lehrpersonen zu entlasten, Bürokratie abzubauen und sich auf die Grundkompetenzen zu konzentrieren.

## Ein schlanker Staat ist kein schwacher Staat

Ein liberaler Staat muss nicht überall tätig sein. Dort, wo er eine Kernaufgabe hat, muss er aber

stark, verlässlich und handlungsfähig sein. Das gilt besonders für die Sicherheit.

Schwyz verfügt heute über ein hohes Sicherheitsniveau. Darauf darf man sich nicht ausruhen. Cyberkriminalität und neue Gefahrenlagen entwickeln sich weiter. Polizei, Justiz und Bevölkerungsschutz müssen deshalb auch künftig über die nötigen Mittel verfügen. Freiheit braucht Sicherheit – und ein schlanker Staat darf nie mit einem schwachen Staat verwechselt werden.

## Entwicklung ermöglichen statt verhindern

Wohnraum wird knapper, Gewerbeflächen sind begrenzt, Bewilligungsverfahren komplizierter und Infrastrukturprojekte dauern immer länger. Gleichzeitig leben wir heute vielerorts von der Weitsicht und den Investitionen früherer Generationen.

Die Antwort darauf kann weder Stillstand noch ungezügelter Wachstum sein. Es braucht eine intelligente und nachhaltige Entwicklung: verlässliche Verfahren, sinnvolle Verdichtung und genügend Raum für Wohnen, Gewerbe und notwendige Infrastruktur. Wer Entwicklung grundsätzlich verhindert, gefährdet langfristig auch die Attraktivität unseres Kantons.

## Zuwanderung: Hart, aber fair

Auch wenn viele migrationspolitische Entscheidungen auf Bundesebene fallen, tragen die Kantone beim Vollzug und bei der Integration grosse Verantwortung.

Die FDP orientiert sich am Grundsatz «Hart, aber fair». Wer tatsächlich Schutz benötigt, soll ihn erhalten. Wer dauerhaft hier lebt, muss aber bereit sein, unsere Sprache zu lernen, unsere Regeln zu respektieren und sich in Arbeitsmarkt und Gesellschaft zu integrieren. Integration braucht Unterstützung – aber ebenso klare Erwartungen. Rechtskräftige Entscheide müssen umgesetzt werden. Sonst verliert das System an Glaubwürdigkeit.

#### Gesundheitsversorgung weiterentwickeln

Die Gesundheitsversorgung im Kanton Schwyz ist gut. Doch demografischer Wandel, Fachkräftemangel und steigende Kosten werden das System zunehmend fordern.

Entscheidend ist, wie auch künftig eine qualitativ hochstehende und bezahlbare Versorgung sichergestellt wird. Dazu braucht es Offenheit für ambulante Angebote, Digitalisierung und neue Versorgungsmodelle – und den Mut, dort überregional und interkantonal zusammenzuarbeiten, wo dies sinnvoll ist.

#### Mobilität ohne ideologische Scheuklappen

Schwyz ist vielfältig: Inner- und Ausserschwyz, Berggebiete und Agglomerationsgemeinden haben unterschiedliche Bedürfnisse. Gute Verkehrsverbindungen halten diese Regionen zusammen und verbinden sie mit den wirtschaftlichen Zentren.

Für die FDP geht es deshalb nicht um Auto gegen öV. Entscheidend ist, was Bevölkerung und Wirtschaft brauchen, was funktioniert und was effizient finanzierbar ist. Gute Erreichbarkeit ist Lebensqualität – und ein zentraler Standortfaktor.

#### Umweltpolitik mit Innovation statt Verboten

Verantwortung endet nicht bei der eigenen Generation. Deshalb gehören Umwelt- und Energiepolitik selbstverständlich zu einem liberalen Parteiprogramm.

## Parteiprogramm FDP Kanton Schwyz

Ein Kanton Schwyz der Möglichkeiten – mit liberalen Werten voran!



# Partei- programm

Für alle, die den  
Wecker stellen.



Die FDP setzt auf Innovation, Technologieoffenheit, Kostenwahrheit und marktwirtschaftliche Anreize statt auf immer neue Verbote und staatliche Detailsteuerung. Ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Entwicklung sind keine Gegensätze. Im besten Fall treiben sie sich gegenseitig an.

#### Eine Verwaltung als Dienstleisterin

Ein liberaler Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren – und diese gut erfüllen. Für Bevölkerung und Unternehmen muss Verwaltung möglichst einfach, effizient und bürgernah funktionieren.

Dazu gehört, Aufgaben und Prozesse regelmässig zu überprüfen und unnötige Bürokratie abzubauen. Digitalisierung darf nicht bedeuten, einen komplizierten Papierprozess einfach auf den Bildschirm zu übertragen. Sie muss Prozesse tatsächlich vereinfachen. Der Staat ist für die Bürgerinnen und Bürger da – nicht umgekehrt.

#### Vom Programm zur politischen Arbeit

Die konkreten Ziele und Massnahmen zu allen neun Themenfeldern finden sich im Parteipro-

gramm, das dieser Ausgabe des «Schwyzer Freisinns» beiliegt.

Entscheidend ist nun, dass das Programm nicht im Bücherregal endet. Es soll bei neuen politischen Fragen Orientierung geben, Grundlage für Vorstösse und Positionierungen sein und Kandidierenden sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern helfen, liberale Politik konsequent zu vertreten. Auch Ortsparteien und Mitglieder können es nutzen, um gemeinsame Positionen nach aussen zu tragen.

Ein politischer Kompass erfüllt seinen Zweck erst, wenn man ihn benutzt. Das neue Parteiprogramm gibt die Richtung vor – nun gilt es, diese Richtung in der täglichen politischen Arbeit sichtbar zu machen.



**Nico Lalli,**  
Mitglied der Geschäftsleitung

«Eine liberale Gesellschaft, Eigenverantwortung,  
Chancengerechtigkeit und echte Solidarität – ohne  
Verbotskultur und staatliche Bevormundung.  
Das ist unser Programm für den Kanton Schwyz.»

# Kinder braucht das Land (und der Kanton ...)!

Aus dem Regierungsrat

Von der Wiege bis zur Bahre: Im Departement des Innern bündeln sich die gesellschaftspolitisch relevanten Fragen. Dabei muss klar festgehalten werden: Es ist nicht der Staat, der die zentralen Probleme löst, es sind die Menschen. Die grösste Herausforderung ist die demografische Welle. Die Lösung? Mehr Kinder!



Ich habe den spannendsten Job – Gesundheit und Soziales, Kindes- und Erwachsenenschutz, Sozialversicherungen: Der Themenfächer reicht von der Wiege bis zur Bahre. Das bedeutet täglich neue Herausforderungen für meine Mitarbeitenden und mich. Und es bedeutet Verantwortung. Unser Anspruch ist nicht, das Leben der Menschen zu organisieren. Unser Auftrag ist es vielmehr, gute Rahmenbedingungen zu schaffen und dort verlässlich zu handeln, wo staatliches Handeln nötig ist.

## Der Ruf nach mehr Staat – auch von ungewohnter Seite

Dabei begegnet mir immer wieder der Ruf nach mehr Staat – teilweise auch von ungewohnter (bürgerlicher) Seite. Die Liste der Begehrlichkeiten ist lang. Mir kommt es manchmal vor, als ob die Politik den Menschen das Leben auf dem Silbertablett präsentieren müsste. «Vollkasko mentalität» macht sich breit: Ich bezahle Steuern, also habe ich in allen Lebenslagen einen Anspruch auf eine staatliche Leistung!

Ein liberaler Staat darf diesen Reflex nicht einfach bedienen. Freiheit und Eigenverantwortung gehören zusammen. Der Staat soll ermöglichen, nicht bevormunden. Absichern, wo es nötig ist, aber nicht jede Lebensentscheidung abfedern. Und Leistung muss sich lohnen – gerade für jene, die morgens den Wecker stellen, Verantwortung übernehmen, Familien gründen, Unternehmen führen, Angehörige betreuen oder sich freiwillig engagieren. Liberal heisst nicht: Jeder schaut nur für sich. Liberal heisst: Menschen etwas zutrauen und ihnen den nötigen Handlungsspielraum lassen.

## Von den Kindern zu den Älteren – und umgekehrt

Besonders sichtbar wird die Herausforderung bei der Demografie. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau lag in der Schweiz 2025 bei nur noch 1,28. Gleichzeitig altert unsere Ge-

sellschaft. 2025 lebten in der Schweiz erstmals mehr Menschen ab 65 Jahren als unter 20-Jährige.

Auch im Kanton Schwyz ist diese Entwicklung spürbar. 1970 wurden bei gut 92 000 Einwohnerinnen und Einwohnern 1765 Kinder geboren. 2025 waren es bei deutlich über 160 000 Einwohnerinnen und Einwohnern nur noch rund 1400. Gleichzeitig steigt die Zahl der Menschen im Pensionsalter stark an.

Das ist zunächst einmal kein Unglück. Es ist wichtig, «Alter» und «alte Menschen» nicht grundsätzlich negativ zu sehen. Vielmehr ist es ein grosses Glück und eine Konsequenz unseres wohlhabenden Landes mit seinem hochstehenden Gesundheitswesen, dass die Menschen in unserem Land so alt werden wie noch nie und wie in kaum einem anderen Land. Die alten Menschen haben jahrzehntelang gearbeitet und ihren wertvollen Beitrag für die Gesellschaft geleistet. Sie haben es verdient, auch im dritten und letzten Lebensabschnitt gut umsorgt zu werden. Aber die Verschiebung der Altersstruktur hat Folgen: Weniger Erwerbstätige müssen mehr Leistungen erbringen und mitfinanzieren. In Pflege und Betreuung wächst der Personalbedarf. Und das Verhältnis der Generationen verändert sich. Daraus muss kein neuer Generationenkonflikt werden – wenn wir heute handeln.

### Ein Lösungsansatz: Eine Kinder- und Familienoffensive

Was also tun? Sicher nicht den Menschen vorschreiben, wie sie zu leben haben oder wie viele Kinder sie bekommen sollen. Das wäre das Gegenteil liberaler Politik. Familien werden auch nicht durch einzelne Geldleistungen «gemacht». Ob Menschen Kinder wollen, ist eine höchst persönliche Entscheidung. Politik kann aber verhindern, dass ein Kinderwunsch an schlechten Rahmenbedingungen scheitert.

Mir schwebt deshalb eine Kinder- und Familienoffensive für den Kanton Schwyz vor. Kein neues staatliches Rundumprogramm, sondern eine Strategie mit einem klaren Ziel: Familien sollen im Kanton Schwyz gute Bedingungen vorfinden, um Verantwortung für Kinder mit Beruf, Wohnen und Alltag optimal vereinbaren zu können.

Erste Hebel wurden bereits betätigt. Mit der jüngsten Steuergesetzrevision wurden die Familien- und Kinderabzüge erhöht. Weitere Ansatzpunkte liegen auf der Hand: steuerliche Fehlanreize vermeiden, die Vereinbarkeit von

Familie und Beruf verbessern, bedarfsgerechte Betreuungsangebote ermöglichen und administrative Hürden reduzieren.

Heute geschieht vieles punktuell. Was fehlt, ist der rote Faden. Eine Kinder- und Familienoffensive müsste deshalb zuerst bestehende Massnahmen bündeln, ihre Wirkung prüfen und Prioritäten setzen. Nicht jede gute Idee braucht eine neue Subvention oder ein neues Gesetz. Aber gute Rahmenbedingungen brauchen ein gemeinsames Ziel und die Politik den Mut, auch Regeln zu streichen, die Familien das Leben unnötig schwer machen.

## Liberal heisst: Menschen etwas zutrauen und ihnen den nötigen Handlungsspielraum lassen.

### Und was ist mit den Älteren?

Auch die Bedürfnisse der älteren Generation haben sich verändert. Viele Menschen wollen möglichst lange selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben. Darauf muss sich die Versorgung stärker ausrichten.

Der Kanton Schwyz ist traditionell stark stationär geprägt. Für die kommenden Jahre brauchen wir deshalb mehr niederschwellige, ambulante und teilstationäre Angebote. Gleichzeitig müssen wir regionaler denken. Nicht jede Gemeinde kann und muss jede Leistung selbst anbieten. Grössere Versorgungsräume schaffen Qualität, Auswahl und wirtschaftlich tragfähige Strukturen.

Genau hier setzt die Totalrevision des Gesetzes über soziale Einrichtungen (SEG) an. Sie soll die Grundlage für eine Ambulantisierungsoffensive schaffen. Zugleich wollen wir die Alters- und Sozialversorgung stärker regional denken. Die March zeigt bereits, in welche Richtung solche Lösungen gehen können. Für das letzte Quartal 2026 ist eine breite Vernehmlassung unseres «neuen» SEG vorgesehen.

Entscheidend ist, dass wir nicht für den Höhepunkt der demografischen Welle in den

2040er-Jahren überall dauerhaft neue stationäre Kapazitäten aus Beton schaffen, die später womöglich nicht mehr gebraucht werden. Wir brauchen flexible Angebote, die den Menschen folgen – nicht Strukturen, die Menschen in ein bestimmtes Angebot zwingen. Das ist sozialpolitisch sinnvoll und finanzpolitisch vernünftig.

### Der Staat setzt den Rahmen – die Gesellschaft gestaltet

Bei all diesen Themen bleibt für mich der liberale Kompass entscheidend. Der Staat kann gute Rahmenbedingungen schaffen, koordinieren und dort unterstützen, wo Einzelne überfordert wären. Aber er kann weder Familienglück noch gesellschaftlichen Zusammenhalt verordnen. Die entscheidende Arbeit leisten Menschen: Eltern, Angehörige, Nachbarn, Arbeitgeber, Fachpersonen, Vereinsmitglieder und weitere Freiwillige. Politik muss ihnen Verantwortung zutrauen und Hindernisse aus dem Weg räumen.

Deshalb wünsche ich mir eine Renaissance liberaler Tugenden: Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft, Gemeinsinn und Vertrauen in die Menschen. Genau dafür stellen wir morgens den Wecker und machen uns an die Arbeit. Nicht um den Staat grösser, sondern unsere Gesellschaft stärker zu machen.

Mit unserem gemeinsamen Engagement, unserer liberalen Haltung machen wir die Schweiz – machen wir den Kanton Schwyz – jeden Tag ein ganz klein wenig besser. Für uns, vor allem aber auch für unsere Kinder. Gibt es etwas Erfüllenderes? Für mich ist die Antwort klar: Nein!



**Damian Meier,**  
Regierungsrat FDP,  
Vorsteher Departement des Innern



## Wenn Eigenkapital zum politischen Argument wird

«Der Kanton hat doch genügend Eigenkapital. Warum sollten wir uns diese Ausgabe nicht leisten können?» Diesen Satz hört man im Kantonsrat immer wieder. Gerade bei zusätzlichen Leistungen wird gerne auf die gut gefüllte Staatskasse verwiesen.

Als Mitglied der Staatswirtschaftskommission beschäftige ich mich mit Jahresrechnung und Budget. Schwyz steht finanziell sehr solide da. Die Rechnung 2025 schloss deutlich besser ab als budgetiert, und das ordentliche Eigenkapital beträgt inzwischen knapp eine Milliarde Franken. Ein Kanton braucht Reserven. Sie geben Sicherheit in schwierigen Zeiten. Die Frage ist vielmehr: Wie viel ist genug?

Eigenkapital entsteht, wenn über längere Zeit mehr eingenommen als ausgegeben wird. Wenn die Einnahmen des Kantons dauerhaft höher ausfallen als seine Ausgaben, sollte dies nicht automatisch zu neuen Ausgaben führen. Es ist vielmehr ein Anlass, Prioritäten zu überprüfen und auch über die Steuerbelastung nachzudenken. Hohe Eigenmittel schaffen Begehrlichkeiten. Bei neuen Ausgaben wird schnell argumentiert, der Kanton könne sich diese leisten. Aus einer einmaligen Ausgabe kann eine dauerhafte Leistung werden, mit neuen Aufgaben, Stellen und langfristigen Verpflichtungen. So entsteht ein gefährlicher Kreislauf: Gute Steuereinnahmen führen zu Überschüssen, Überschüsse zu hohen Reserven und hohe Reserven werden wiederum als Argument für neue Ausgaben verwen-

det. Ein hoher Kontostand ist aber noch kein politischer Auftrag, mehr staatliche Leistungen zu schaffen. Wir müssen zwischen einer angemessenen Reserve und einem dauerhaften Ausgabenpolster unterscheiden. Eine Reserve soll uns durch schwierige Zeiten bringen, darf aber nicht den Druck nehmen, Prioritäten zu setzen. Bei jeder neuen Aufgabe müssen wir fragen: Braucht es diese Leistung tatsächlich? Gehört sie zu den Kernaufgaben des Kantons? Und können wir sie langfristig finanzieren?

Dasselbe gilt für die Verwaltung. Auch hier darf die gute finanzielle Lage nicht den Blick für das Wesentliche verstellen. Natürlich können neue gesetzliche Vorgaben, zusätzliche Aufgaben oder komplexere Anforderungen mehr Personal notwendig machen. Doch jede zusätzliche Stelle schafft nicht nur Kosten von heute, sondern eine dauerhafte Verpflichtung für morgen. Deshalb müssen neue Stellen kritisch geprüft und Prioritäten gesetzt werden. Die Staatswirtschaftskommission beurteilt das Stellenwachstum der vergangenen Jahre denn auch als kritisch. Gleichzeitig müssen wir dort ansetzen, wo Effizienzpotenzial besteht: Welche Aufgaben können wegfallen? Wo lassen sich Prozesse vereinfachen? Und wo kann die Digitalisierung dazu beitragen, mit den vorhandenen Ressourcen mehr zu erreichen? Mit der vom Kantonsrat mit Unterstützung der FDP gutgeheissenen Verwaltungsbremse wurde dafür ein wichtiges Signal gesetzt. Es geht nicht darum, notwendige Mittel vorzuenthalten, son-

dern das Wachstum bewusst zu steuern und Prioritäten zu setzen. Der Kantonsrat übernimmt damit mehr Verantwortung für die Entwicklung des Stellenbestands.

Als FDP sehen wir auch die andere Seite der Staatsrechnung: Hinter jedem Franken an Steuereinnahmen steht eine Leistung, die zuvor von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen erbracht wurde. Dieses Geld steht dem Kanton zur Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung und nicht zur beliebigen Ausweitung seiner Tätigkeiten. Freisinnige Finanzpolitik bedeutet: Der Kanton soll nur jene Mittel beanspruchen, die er für seine Aufgaben tatsächlich benötigt. Überschüssige Mittel sollen grundsätzlich dorthin zurück, wo sie erwirtschaftet wurden – zu den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und zu den Unternehmen. Denn gutes Wirtschaften bedeutet nicht, möglichst viel Geld auszugeben, nur weil es vorhanden ist. Gutes Wirtschaften bedeutet, mit den vorhandenen Mitteln verantwortungsvoll umzugehen.



**Pirmin Geisser,**  
Kantonsrat Ingenbohl

## Delegiertenversammlung

29. Juni 2026 · Goldau

# Delegiertenversammlung vom 29. Juni 2026

An ihrer Delegiertenversammlung vom 29. Juni bei der Schreinerei Karl Bucher AG in Goldau hat die FDP Kanton Schwyz die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September gefasst und sich mit weiteren aktuellen politischen Themen befasst.

Kantonalpräsident Urs Rhyner eröffnete die Versammlung und begrüßte die Delegierten und Gäste. Nach einem Grusswort von Christoph Baumli, Präsident der FDP Arth-Oberarth-Goldau, stellte Christoph Bucher, Inhaber und Geschäftsleiter der Karl Bucher AG, seinen Betrieb vor und gab einen Einblick in das Unternehmen.

### Einstimmig Nein zur Neutralitätsinitiative

Nathalie Henseler Pfyl, Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Kanton Schwyz, stellte die Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität» vor. Die bewaffnete Neutralität der Schweiz sei über Jahrzehnte gerade deshalb erfolgreich gewesen, weil sie flexibel auf veränderte geopolitische Rahmenbedingungen angewendet werden konnte. Diese Handlungsfreiheit würde durch die Initiative unnötig eingeschränkt.

Eine starre Verfassungsbestimmung würde den Spielraum der Schweiz in der Sicherheits-, Wirtschafts- und Aussenpolitik verkleinern. Neutralität sei kein Selbstzweck, sondern ein Instrument zur Wahrung der Sicherheit und der Interessen unseres Landes. Gerade in einer zunehmend unsicheren Welt müsse die Schweiz fähig bleiben, situationsgerecht zu handeln. Die Delegierten folgten dieser Argumentation und beschlossen einstimmig die Nein-Parole.

### Klares Nein zur Ernährungsinitiative

Ebenso einstimmig fiel der Entscheid zur Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung» aus. Kantonsrat Kuno Frey erläuterte die weitreichenden Forderungen der Vorlage und warnte insbesondere vor zusätzlichen staatlichen Eingriffen in Produktion und Konsum.

Staatlich vorgegebene Sortimente und Vorgaben zugunsten pflanzlicher Lebensmittel würden die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten einschränken. Dazu drohten höhere Produktionskosten und steigende Lebensmittelpreise. Dies würde nicht zuletzt den Einkaufstourismus fördern und die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft schwächen.

### Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit

Mit der Finanzierung der Armee griff die Versammlung zudem ein Thema auf, das angesichts der veränderten Sicherheitslage in Europa weiter an Bedeutung gewinnt. Nationalrat Heinz Theiler stellte das Arbeitspapier «Wehr- und Werkplatzfonds» vor.

Die Schweiz muss den Nachholbedarf bei der Verteidigungsfähigkeit angehen und die notwendigen Investitionen in die Armee ermöglichen. Für die FDP ist dabei entscheidend,

dass eine solche Finanzierung ohne neue Steuern und unter Einhaltung der Schuldenbremse erfolgt. Das vorgestellte Modell versteht sich als Diskussionsbeitrag auf dem Weg zu einer politisch mehrheitsfähigen und finanzpolitisch verantwortbaren Lösung.

### Jungfreisinnige wollen Wachstum der Verwaltung bremsen

Niklaus Schwerzmann, Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Schwyz, präsentierte die Volksinitiative «Gleichgewicht statt Übergewicht – Für ein faires Gleichgewicht zwischen Bundesverwaltung und Bevölkerung», kurz «Verwaltungsbremse».

Die Initiative will die Entwicklung der Personalausgaben des Bundes künftig an das Wachstum des Medianlohns koppeln. Damit soll verhindert werden, dass die Bundesverwaltung dauerhaft stärker wächst als die Wirtschaft und die Löhne der Bevölkerung. Gleichzeitig soll dem Staat genügend Flexibilität bleiben, um auf ausserordentliche Situationen reagieren zu können.

### Neues Parteiprogramm verabschiedet

Ein weiterer Schwerpunkt der Delegiertenversammlung war das neue Parteiprogramm der FDP Kanton Schwyz. Nico Lalli, Mitglied der Geschäftsleitung, präsentierte das Programm, welches im Anschluss einstimmig verabschiedet wurde und als die politische Grundlage für die kommenden Jahre dienen soll (siehe S. 4 und 5).



Die Schweiz braucht eine starke FDP – heute mehr denn je. Unser Land steht vor grossen Herausforderungen. Bezahlbarer Wohnraum wird knapper, die Krankenkassenprämien steigen, Unternehmen finden immer schwieriger genügend Fachkräfte und unsere Infrastruktur gerät zunehmend an ihre Grenzen. Gleichzeitig wächst die Unsicherheit in Europa und der Welt.

**Die Schweiz braucht jetzt keine Politik der Empörung, keine immer neuen Verbote und keine leeren Versprechen.** Sie braucht Menschen, die Verantwortung übernehmen, Probleme anpacken und Lösungen umsetzen. Dafür steht die FDP.

Jeden Abend stellen Millionen Menschen in unserem Land ihren Wecker. Sie stehen früh auf, arbeiten, gründen Unternehmen, bilden Lernende aus, engagieren sich in Vereinen, leisten Freiwilligenarbeit oder sorgen für ihre Familien. Sie übernehmen Verantwortung – Tag für Tag. Genau für diese Menschen machen wir Politik.

«Wir wollen,  
dass Leistung wieder  
belohnt wird.»

**Wir wollen, dass Leistung wieder belohnt wird. Dass unsere Unternehmen wachsen und Arbeitsplätze schaffen können.** Dass unsere Strassen, Schienen, Stromnetze und digitalen Infrastrukturen mit unserem Land Schritt halten. Und dass die Menschen in der Schweiz sicher leben können – nach innen wie nach aussen.

**Deshalb setzen wir im Wahljahr 2027 klare Prioritäten: Arbeit. Sicherheit. Infrastruktur.** Denn Arbeit schafft Wohlstand. Sicherheit schafft Vertrauen. Und eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Grundlage für unseren Erfolg und unsere hohe Lebensqualität.

Zu allen drei Schwerpunkten haben wir Positionspapiere erarbeitet. Sie zeigen auf,

welche konkreten Lösungen die FDP für die Zukunft unseres Landes vorschlägt. Über die nebenstehenden QR-Codes gelangen Sie direkt zu den einzelnen Papieren.

**Der Wahlkampf beginnt jetzt. Deshalb laden wir Sie herzlich zu unserer freisinnigen Landsgemeinde ein. Bringen Sie Ihre Familie, Freunde und Bekannte mit.** Gemeinsam diskutieren wir unsere Ideen, bereiten den Wahlkampf vor und setzen ein starkes Zeichen für einen erfolgreichen Freisinn.

Packen wir es gemeinsam an. Für alle, die jeden Morgen aufstehen, Verantwortung übernehmen und unser Land mit ihrem Einsatz stark machen. Für den Freisinn. Für die Schweiz.



**Damian Müller,**  
Wahlkampfleiter und Ständerat

# Unsere Parolen für den 27. September

## Stimmzettel Eidgenössische Volksabstimmung vom 27.09.2026

Wollen Sie die Volksinitiative «Wahrung der Schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» annehmen?

NEIN

## Stimmzettel Eidgenössische Volksabstimmung vom 27.09.2026

Wollen Sie die Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» annehmen?

NEIN



### Kennst Du bereits unseren wöchentlichen Newsletter?

Jeden Freitagmorgen erhältst Du von unserem Co-Parteipräsidium den Wecker-Newsletter zu einem aktuellen Thema, sowie spannende Einblicke in den Alltag unserer FDP-Politiker.

So bleibst Du auch zwischen den Freisinn-Ausgaben stets auf dem Laufenden und verpasst keine FDP-News mehr ❤️

Jetzt Wecker-Newsletter  
abonnieren

<https://www.fdp.ch/aktuell/news-anmelden>





# «Ein Nato-Beitritt steht für die Schweiz nicht zur Diskussion.»

Am 27. September stimmt das Stimmvolk über die aus rechtsbürgerlichen Kreisen eingereichte Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität», die sogenannte Neutralitätsinitiative, ab. Bundesrat Ignazio Cassis stellt sich den kritischen Fragen zur Initiative.

**Herr Bundesrat, die Initiative heisst «Wahrung der schweizerischen Neutralität». Warum ist der Bundesrat gegen etwas, das doch eigentlich selbstverständlich sein sollte?**

Weil es am 27. September nicht darum geht, ob die Schweiz neutral bleiben soll. Die Schweiz war neutral, sie ist neutral und sie bleibt neutral.

**Worum geht es dann?**

Die eigentliche Frage ist: Wollen wir eine neue Neutralität mit starren Regeln in der Verfassung? Oder wollen wir an unserer Neutralität festhalten, die sich seit rund 180 Jahren bewährt hat?

Bundesrat und Parlament sagen klar: Wir brauchen keine neue Neutralität. Deshalb empfehlen wir, die Initiative abzulehnen.

**«Die Schweiz war neutral, sie ist neutral und sie bleibt neutral.»**

**Aber wenn die Neutralität so wichtig ist, warum schreiben wir sie dann nicht endlich klar in die Verfassung?**

Weil mehr Verfassung nicht mehr Neutralität bedeutet. Unsere Neutralität hat schon heute klare Grundlagen: im internationalen Recht, insbesondere in den Haager Konventionen, und in unserer Bundesverfassung.

Vieles, was die Initiative verlangt, gilt bereits heute: kein Beitritt zu einem Militärbündnis, keine Beteiligung an Kriegen anderer Staaten, gute Dienste für den Frieden. Neu ist vor allem, dass die Initiative den Handlungsspielraum der Schweiz einschränkt.

**Aber braucht es nicht gerade bei der Neutralität klare Regeln statt politischen Handlungsspielraum?**

Wir haben klare Regeln – und das seit Generationen. Aber klare Regeln dürfen nicht bedeuten, dass wir uns selbst die Hände binden. Das Neutralitätsrecht gibt den Rahmen vor.

Innerhalb dieses Rahmens müssen Bundesrat und Parlament entscheiden können. Denn keine Krise ist wie die andere. Neutralität allein schützt kein Land. Die Schweiz muss jeweils sorgfältig prüfen: Was dient unserem Land, unserer Sicherheit und unserer Unabhängigkeit? Wenn wir die Neutralität in ein zu enges Korsett zwingen, verlieren wir genau diese Freiheit.

### Die Initiative verbietet den Nato-Beitritt.

Ein Nato-Beitritt steht für die Schweiz nicht zur Diskussion. Darüber könnte ohnehin nur das Volk entscheiden – mit oder ohne diese Initiative.

Die entscheidende Neuerung liegt woanders: Die Initiative würde die Zusammenarbeit mit Verteidigungsbündnissen stark einschränken. Doch Zusammenarbeit kann man nicht erst vorbereiten, wenn ein Angriff unmittelbar droht, dann ist es zu spät. Auch unsere Partner müssen bereit sein, im Ernstfall mit uns zusammenzuarbeiten.

### Aber die Schweiz hat doch eine eigene Armee – braucht es diese Zusammenarbeit überhaupt?

Die Schweiz braucht eine starke Armee, denn «bewaffnete Neutralität» heisst, dass wir unser Land selbst verteidigen können. Das heisst aber nicht, dass wir im Falle eines Angriffs alles allein tun müssen.

Der Ernstfall lässt sich nicht improvisieren und muss mit Partnern geübt werden. Je unsicherer die Welt wird, desto wichtiger ist es, vorbereitet zu sein. Zudem brauchen Bundesrat und Parlament im Ernstfall möglichst viele Handlungsoptionen – nicht möglichst wenige.

### Ist diese Zusammenarbeit nicht ein Nato-Beitritt durch die Hintertür?

Nein. Zusammenarbeit ist kein Nato-Beitritt. Die Schweiz geht keine Verpflichtungen ein, die mit ihrer Neutralität unvereinbar wären.

Aber es wäre fahrlässig, heute die Fähigkeit zur Zusammenarbeit abzubauen und darauf zu hoffen, sie im Ernstfall innert kürzester Zeit wieder aufbauen zu können. Sicherheitspolitik nach dem Prinzip Hoffnung ist keine verantwortungsvolle Politik.

### Ein zweiter umstrittener Punkt sind die Sanktionen. Hat die Schweiz mit der Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland ihre Neutralität verletzt?

Nein. Sanktionen sind mit dem Neutralitätsrecht vereinbar. Sie geben der Schweiz die Möglichkeit, auf schwere Verletzungen des Völkerrechts zu reagieren.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass unsere Bevölkerung oder unsere internationalen Partner verstanden hätten, wenn die Schweiz den Angriff Russlands auf die Ukraine einfach nur zur Kenntnis genommen hätte. Über einzelne Sanktionen kann man diskutieren. Aber daraus sollten wir keine starre Regel für alle künftigen Krisen machen.

«Je unsicherer  
die Welt wird, desto  
wichtiger ist es,  
vorbereitet zu sein.»

«Sicherheitspolitik  
nach dem  
Prinzip Hoffnung ist  
keine  
verantwortungsvolle  
Politik.»

«Wir brauchen keine  
neue Neutralität.»

### Wäre es nicht konsequenter, zu sagen: Ein Neutraler sanktioniert keine Kriegspartei?

Das klingt einfach. Die Realität ist aber selten so einfach.

Gerade die Schweiz hat ein grosses Interesse daran, dass das Völkerrecht gilt. Als kleines, exportorientiertes Land sind wir darauf angewiesen, dass sich Staaten an gemeinsame Regeln halten – und nicht das Recht des Stärkeren gilt.

Die Schweiz übernimmt Sanktionen heute nicht automatisch. Sie entscheidet von Fall zu Fall. Diese Möglichkeit sollten wir uns erhalten.

### Die Initiative will die Neutralität ausdrücklich für Vermittlung und Konfliktlösung einsetzen. Was kann man dagegen haben?

Gar nichts. Genau das macht die Schweiz bereits heute.

Wir vermitteln zwischen Konfliktparteien, vertreten die Interessen anderer Staaten, beherbergen internationale Organisationen und organisieren Friedensgespräche.

Gute Dienste kann man nicht einfach in die Verfassung schreiben. Sie funktionieren, weil andere Staaten der Schweiz vertrauen.

### Wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit: Wo sehen Sie wirtschaftliche Risiken bei der Initiative?

Ein Risiko besteht bei unserer Rüstungsindustrie: Die Schweiz allein ist zu klein, um diese Industrie langfristig zu erhalten. 2025 gingen 86 Prozent unserer Kriegsmaterialexporte nach Europa.

Wenn Zweifel entstehen, ob die Schweiz im Ernstfall überhaupt noch liefern kann, verlieren unsere Unternehmen Aufträge und Partner. Und eine Rüstungsindustrie, die einmal verschwunden ist, lässt sich in einer Krise nicht einfach wieder aufbauen. Das bedeutet nicht mehr, sondern weniger Sicherheit für die Schweiz.

### Wenn Sie einem liberalen Stimmbürger zum Schluss drei Gründe für ein Nein nennen müssten?

Erstens: Die Initiative ist unnötig. Die Schweiz war, ist und bleibt neutral – wir brauchen keine neue Neutralität.

Zweitens: Die Initiative ist ein Experiment. Sie verändert eine Neutralität, die sich seit 180 Jahren bewährt hat.

Drittens: Die Initiative gefährdet unsere Sicherheit. Sie nimmt uns den Handlungsspielraum, den wir brauchen, um uns auf Krisen vorzubereiten und im Ernstfall richtig zu handeln.

# Schweiz schützen!

In diesem Herbst wird die Sicherheit der Schweiz von rechts und links angegriffen: von der SVP mit ihrer «Neutralitätsinitiative» am 27. September und von Links-Grün mit dem Referendum gegen das Kriegsmaterialgesetz am 29. November. Die FDP wird diesen Doppelschlag abwehren, denn die Sicherheit der Bevölkerung ist unverhandelbar. Denn Sicherheit erfordert eine handlungsfähige Regierung und eine lebensfähige Verteidigungsindustrie.

Seit viereinhalb Jahren herrscht Krieg in der Ukraine. Russland bedroht die Nato-Ostflanke, hybride Kriegsführung ist in Zentraleuropa angekommen und Demokratien geraten weltweit unter Druck. Kurz: Die Sicherheitslage hat sich grundlegend verschlechtert. Auch die Schweiz muss sich für den Ernstfall wappnen.

Mit ihrer «**Neutralitätsinitiative**» will die SVP die bewährte Neutralität in ein starres Dogma verwandeln. Sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit dem Ausland wäre nur noch zulässig, wenn die Schweiz direkt militärisch angegriffen oder ein Angriff unmittelbar vorbereitet wird. Doch gerade für ein kleines Land ist die Zusammenarbeit mit Partnern zentral, um die bewaffnete Neutralität und eine glaubwürdige Abschreckung zu gewährleisten.

### Die Auswirkungen der Initiative

Die flexible Auslegung der Neutralität hat sich über Jahrzehnte bewährt. Die Initiative würde diesen Handlungsspielraum zerstören, den Ruf der Schweiz als zuverlässiger Partner beschädigen und die Verteidigungsindustrie sowie die Friedensförderung schwächen. Zudem könnte der Bundesrat keine Sanktionen gegen kriegsführende Staaten mehr verhängen oder übernehmen. Davon profitieren einzig Despoten, die andere Länder völkerrechtswidrig überfallen.

- › **Nein zur Schwächung unserer Sicherheit:** Die Schweiz braucht die Zusammenarbeit mit ihren Partnern.
- › **Nein zum Ausbluten der Verteidigungsindustrie:** Eine sichere Schweiz ist auf eine lebensfähige, exportierende Rüstungsindustrie angewiesen.
- › **Nein zum starren Dogma:** Der Bundesrat muss die Neutralität pragmatisch und mit Augenmass umsetzen können.

- › **Nein zu blinden Verboten:** Eine handlungsfähige Schweiz muss massgeschneiderte Sanktionen beschliessen können.

### Angriffe auf unsere Sicherheit von beiden Flanken

Doch damit nicht genug: Mit ihrem **Referendum gegen das Kriegsmaterialgesetz** will die SP die Schweiz weiter entwaffnen. Das ist naiv und gefährlich. Denn wenn sich die Schweiz nicht glaubwürdig verteidigen kann, verliert sie ihre abschreckende Wirkung.

Die Revision des Kriegsmaterialgesetzes gibt dem Bundesrat den nötigen Spielraum, die Ausfuhrpolitik an veränderte geopolitische Bedingungen anzupassen. Jeder Konflikt ist anders. Deshalb muss die Regierung im Einzelfall entscheiden können, statt an ein starres Korsett gebunden zu sein.

Die schweizerische Verteidigungsindustrie steht unter enormem Druck. Ohne Exporte kann sie langfristig nicht überleben. Restriktive Exportregeln und ein faktisches Wiederausfuhrverbot gefährden die heimischen Unternehmen. Ohne eine eigene Verteidigungsindustrie wäre

die Schweiz vollständig vom Ausland abhängig.

Die Revision stärkt deshalb die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes. Sie ermöglicht Exporte an Partnerstaaten, ohne die strengen Kontrollen aufzugeben. So wird die Schweiz für ihre wichtigsten Partner wieder verlässlich: Wenn Partner im Notfall auf uns zählen können, sind sie auch eher bereit, die Schweiz mit Verteidigungsgütern zu beliefern.

### So schützen wir die Schweiz:

**Am 27. September:** «Neutralitätsinitiative» **NEIN**

**Am 29. November:** Kriegsmaterialgesetz **JA**



**Michael Schoy,**  
Leiter Kampagnen FDP Schweiz



Nein, so eine Armee wollen wir nicht!

# Frauen vor Gewalt schützen heisst Freiheit schützen

Warum die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz ein Positionspapier zu Femiziden verabschiedet haben.

Wer in den letzten Monaten die Nachrichten verfolgt hat, ist dem Thema Femizide immer wieder begegnet. Frauen werden von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet, auch in der Schweiz. Jede dieser Taten erschüttert. Und jedes Mal stellt sich dieselbe Frage: Hätten sie verhindert werden können?

Als FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz sind wir überzeugt: Betroffenheit allein reicht nicht. Es braucht den Willen, hinzuschauen, Risiken frühzeitig zu erkennen und dort zu handeln, wo Menschenleben in Gefahr sind. Genau deshalb haben wir ein Positionspapier zum Thema Femizide erarbeitet. Nicht weil wir glauben, für alles eine einfache Lösung zu haben, sondern weil der Schutz vor Gewalt zu den wichtigsten Aufgaben eines funktionierenden Rechtsstaates gehört. Freiheit bedeutet auch, sicher leben zu können. Wer Gewalt fürchten muss, ist nicht frei. Und für die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz ist Sicherheit in Kernthema – gerade auch für Frauen.

## Fakten statt Wegschauen

Liberaler Politik basiert auf Fakten. Umso erstaunlicher ist es, dass die Schweiz bis heute keine schweizweit einheitliche Erfassung von Femiziden kennt. Was fehlt, sind verlässliche Daten darüber, welche Risikofaktoren besonders häufig zusammentreffen und welche Massnahmen tatsächlich wirken. Wer ein Problem lösen will, muss es zuerst sichtbar machen. Deshalb fordern wir eine schweizweit einheitliche Erfassung von Femiziden. Nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil Prävention ohne Fakten kaum möglich ist.

## Schutz statt Ideologie

Meist gab es bereits vor der Tat Warnsignale. Drohungen, Stalking oder frühere Gewalt waren bekannt. Trotzdem greifen Schutzmassnahmen häufig zu spät oder kantonale unterschiedlich. Hier braucht es klare Abläufe, eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz und Fachstellen sowie Schutzangebote, die rasch und unkompliziert erreichbar sind. Wer gefährdet ist, braucht Hilfe, nicht Zuständigkeitsdebatten. Der Rechtsstaat muss dort stark sein, wo Leben bedroht sind.

## Prävention statt Eskalation

Gewalt entsteht selten von einem Tag auf den anderen. Deshalb muss Prävention früh ansetzen. Aufklärung über Warnsignale, Sensibilisierung in Schulen und Programme zur frühen Intervention können helfen, Eskalationen zu verhindern. Prävention stärkt die Eigenverantwortung, schützt potenzielle Opfer und entlastet langfristig auch unseren Staat. Sicherheit beginnt nicht erst nach einer Straftat.

## Konsequenz statt Wegsehen

Wo Gewalt ausgeübt wird, braucht es einen Rechtsstaat, der konsequent handelt. Schutzanordnungen und bestehende Gesetze müssen konsequent umgesetzt werden. Unreflektiert

stets neue Vorschriften zu machen, ist keine Lösung. Entscheidend ist vielmehr, dass sinnvolle bestehenden Instrumente greifen und gefährdete Frauen wirksam geschützt werden. Nulltoleranz gegenüber Gewalt ist kein politisches Schlagwort, sondern Ausdruck eines glaubwürdigen Rechtsstaates.

Femizide sind kein Randthema. Sie betreffen die Sicherheit unserer Gesellschaft und damit einen zentralen liberalen Wert: die Freiheit. Mit ihrem Positionspapier wollen die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz Verantwortung übernehmen und konkrete Lösungen aufzeigen. Frauen vor Gewalt zu schützen, heisst Freiheit zu schützen. Genau dafür setzen wir uns ein.



**Anna Marty,**  
Geschäftsleitungsmitglied FDP.Die Liberalen  
Frauen Schweiz  
Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schwyz

# Betonierte Neutralität ist keine Sicherheitspolitik

Für eine sichere Schweiz

Neutralität schützt die Schweiz nur, wenn sie beweglich bleibt. Die SVP-Initiative würde sie in starre Regeln giessen, militärische Kooperation erschweren und den Handlungsspielraum des Bundesrats bei Sanktionen beschneiden. Betonerte Neutralität wäre deshalb keine Sicherheitspolitik, sondern ein Risiko.

In den Londoner Verträgen von 1839 wurde dem jungen Staat Belgien von den damaligen europäischen Grossmächten die immerwährende Neutralität garantiert. Genützt hat dies wenig. In beiden Weltkriegen wurde die belgische Neutralität von Deutschland verletzt, und das neutrale Land wurde Kriegsschauplatz wider Willen. Die Schweiz hatte mehr Glück.

## Akzeptanz von aussen

In der Schweizer Bundesverfassung wird die Neutralität erwähnt, aber nicht definiert. Dem zugrunde liegt auch die nüchterne Einsicht, dass es die kriegführenden Mächte sind, die unsere Neutralität anerkennen, oder eben nicht. Erinnern wir uns: Es waren die europäischen Grossmächte, allen voran die britische Krone und das Zarenreich, die 1814/1815 die bewaffnete Neutralität der Schweiz einforderten und damit unserem Land nach den napoleonischen Kriegen die Unabhängigkeit sicherten. Der Wert der Neutralität misst sich nach der Akzeptanz von aussen.

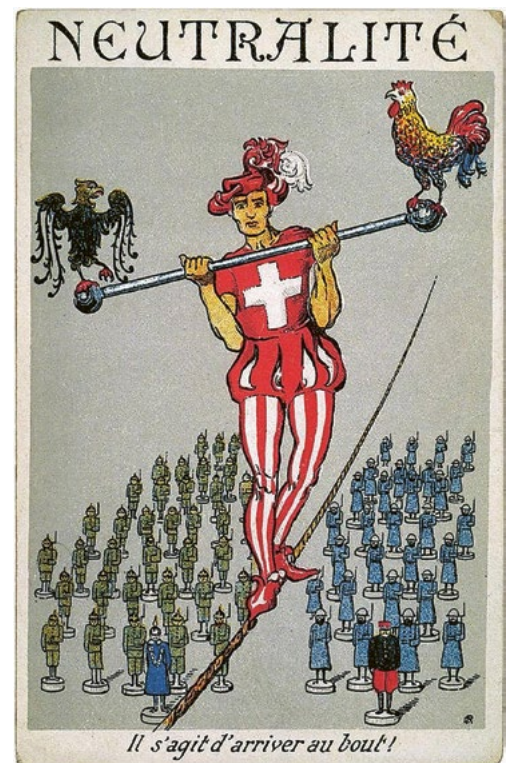
Diese Akzeptanz hat nicht erst seit der Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland gelitten. Die Alliierten hielten im Zweiten Weltkrieg wenig von unserer Auffassung von Neutralität, aber die Schweiz konnte sich auch dank einer sehr flexiblen Interpretation einer Besetzung durch die Achsenmächte entziehen. Gerade diese historische Erfahrung zeigt: Neutralität war nie ein Dogma. Sie war immer auch politische Klugheit, Anpassungsfähigkeit und sicherheitspolitischer Pragmatismus.

Die SVP-Initiative fokussiert auf zwei Aspekte: Erstens soll ein Verbot von Militärbündnissen in der Verfassung verankert werden. Ausnahme: im Falle einer bevorstehenden militärischen Aggression gegen die Schweiz. Konkret heisst das: keine engere Zusammenarbeit mit der Nato. Wenn es allerdings brenzlich wird, dürfen wir militärische Hilfe in Anspruch nehmen. Das ist nicht zu Ende gedacht: Zusammenarbeit kann man nicht erst dann einüben, wenn der Ernstfall bereits eingetreten ist.

## Verbot von Sanktionen

Zweitens sollen Sanktionen gegen kriegführenden Mächte verboten werden; eine Ausnahme bilden Sanktionen des UNO-Sicherheitsrates. Der russische Aussenminister Sergei Lawrow sieht als Folge der Übernahme der EU-Sanktionen die Schweizer Neutralität verletzt. Diese Ansicht ist sicherheitspolitisch relevant, auch wenn sie völkerrechtlich fragwürdig bleibt. Das Haager Abkommen schweigt zur Sanktionsproblematik der Moderne.

Mit der Übernahme der Sanktionen hat der Bundesrat das Land vor massiven Problemen mit unseren engsten und wichtigsten Handelspartnern bewahrt. Wie lange hätte die Schweiz bei einem Nein zu den Sanktionen dem Druck aus Brüssel und Washington standhalten können? Wie hoch wäre die Wahrscheinlichkeit gewesen, dass die EU und die USA ihrerseits Strafaktionen gegen die Schweiz ergriffen hätten? Sie wäre erheblich gewesen.



Karikatur, welche den Balanceakt der Wahrung der Neutralität 1915 darstellt.

## Neutralität ist kein Selbstzweck

Bei einer Annahme der Initiative zerstören wir den Ermessensspielraum unserer Regierung, auf externe Schocks mit Augenmass zu reagieren. Heute steht in Artikel 185 der Bundesverfassung: «Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.» Das muss reichen. Wie Bundesrat und Parlament auf eine konkrete Bedrohungslage reagieren, muss im Einzelfall entschieden werden. Nur mit dieser Flexibilität können wir auch in Zukunft adäquat Sicherheitspolitik betreiben. Neutralität ist kein Selbstzweck. Sie soll die Sicherheit, Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der Schweiz schützen. Wird sie in Beton gegossen, verliert sie genau jene Flexibilität, die sie historisch stark gemacht hat. Aus diesen Gründen ist die Neutralitätsinitiative der SVP unbedingt abzulehnen.



Walter Denz,  
FDP International

# Wirtschaft steht hinter den Jungfreisinnigen

## Verwaltungsbremse-Initiative

Am 12. August haben die Spitzen der drei grossen Wirtschaftsverbände – *economiesuisse*, Schweizerischer Gewerbeverband (sgv) und Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV) – an einer Pressekonferenz auf dem Bundesplatz öffentlich gemacht, die Verwaltungsbremse-Initiative der Jungfreisinnigen zu unterstützen.



Foto (v.l.n.r.): Urs Furrer, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband; Prof. Roland A. Müller, Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband; Jonas Lüthy, Präsident Jungfreisinnige; Monika Rühl, Direktorin *economiesuisse*; Lucio Sansano, Präsident Verwaltungsbremse-Initiative; Pauline Blanc, Vizepräsidentin Jungfreisinnige

### Breite Unterstützung für die Verwaltungsbremse

An einer gemeinsamen Pressekonferenz haben sich *economiesuisse*, der Arbeitgeber- und der Gewerbeverband hinter unsere Verwaltungsbremse-Initiative gestellt. Damit trägt nicht nur eine überparteiliche Allianz von GLP-, Mitte-, FDP- und SVP-Bundesparlamentariern unser Anliegen, sondern auch die Schweizer Wirt-

schaft. Dass die Verbände bereits in der Sammelphase geschlossen hinter uns stehen, ist ein starkes Signal für die Initiative und zugleich ein Beleg dafür, wie gross der Handlungsbedarf inzwischen ist. Ohne Korrektiv schwächt das anhaltende Verwaltungswachstum den Wirtschaftsstandort nachhaltig. Die Verwaltungsbremse setzt diesem Trend ein Ende.

### 100-m<sup>2</sup>-Bundeshaus-Hüpfburg als Kampagnensujet

Trotz der erdrückenden Relevanz des übermässigen Verwaltungswachstums bleibt die Sensibilisierung der Bevölkerung für das auf den ersten Blick trockene Thema eine Herausforderung. Im Lichte dessen haben wir für unsere Verwaltungsbremse-Initiative eine Hüpfburg in Form unseres Kampagnensujets, des übergewichtigen Bundeshauses, lanciert. Das Sujet verkörpert die von der Politik verursachte überquellende Verwaltung und Bürokratie. Dass eine Hüpfburg vor allem Familien anspricht, ist kein Zufall. Denn das übermässige Verwaltungswachstum untergräbt zentrale Faktoren des Schweizer Erfolgsmodells, dessen Erhalt seit jeher ein Versprechen an künftige Generationen ist. Für dieses steht die Verwaltungsbremse-Initiative.

Unsere 10×10-Meter-Bundeshaus-Hüpfburg wird im Sommer 2027 durch die ganze Schweiz touren und uns damit ermöglichen, an Dorffesten, Standaktionen oder anderen Sommeranlässen mit Jung und Alt über unser Anliegen ins Gespräch zu kommen. Ich freue mich jetzt schon darauf.



Lucio Sansano,  
Präsident Initiativkomitee  
Verwaltungsbremse-Initiative

# Regierungsratsersatzwahlen Kanton Aargau

Maja Riniker kämpft in der Ersatzwahl um den FDP-Regierungsratssitz im Aargau. Foto: zVg



Nationalrätin Maja Riniker (48) kandidiert im Kanton Aargau für die Ersatzwahl des zurückgetretenen FDP-Regierungsrats Stephan Attiger (59). Der FREISINN sprach mit der letztjährigen Nationalratspräsidentin über die Motivation zur Kandidatur.

## Du politisierst seit sieben Jahren als Nationalrätin in Bundesbern. Was gefällt dir an dieser Arbeit?

Mich begeistert bis heute, dass ich an Lösungen mitarbeiten darf, die das Leben der Menschen konkret verbessern. Politik bedeutet für mich, Verantwortung zu übernehmen, zuzuhören und unterschiedliche Interessen zusammenzubringen. In Bundesbern habe ich gelernt, wie wichtig es ist, über Parteigrenzen hinweg tragfähige Lösungen zu finden. Diese Erfahrung möchte ich nun noch stärker für den Aargau einbringen. Denn Politik beginnt dort, wo sie für die Menschen im Alltag spürbar wird.

«Politik bedeutet für mich, Verantwortung zu übernehmen, zuzuhören und unterschiedliche Interessen zusammenzubringen.»

## Im vergangenen Jahr warst du Nationalratspräsidentin – wo lagen die wesentlichen Unterschiede dieses Präsidialjahrs gegenüber den anderen Jahren?

Ich durfte die Schweiz im In- und Ausland vertreten und unzählige Menschen kennenlernen – aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft. Besonders beeindruckt hat mich, wie viel unser Land vom respektvollen Miteinander lebt. Als Nationalratspräsidentin stand nicht die Parteipolitik im Zentrum, sondern das Verbindende: Zuhören, Brücken bauen und auch in anspruchsvollen Situationen lösungsorientiert bleiben.

## Der Wechsel von der Legislative zur Exekutive bringt viel Neues mit – was sind deine Erwartungen?

Mich reizt die Möglichkeit, Verantwortung nicht nur bei der Gesetzgebung, sondern auch bei der Umsetzung zu übernehmen. In einer Regierung kann man Entwicklungen aktiv gestalten und Projekte voranbringen. Dabei will ich pragmatisch handeln, Prioritäten setzen und gemeinsam mit Gemeinden, Wirtschaft und Bevölkerung Lösungen erarbeiten. Politik soll Resultate bringen, nicht Schlagzeilen.

## Welche Herausforderungen müssen im Kanton Aargau unbedingt angepackt werden?

Der Aargau wächst, und das ist grundsätzlich eine grosse Chance. Dieses Wachstum müssen wir aber klug gestalten. Wir brauchen genügend und sichere Energie, leistungsfähige Strassen und Bahnen, gute Schulen und eine Verwaltung, die effizient arbeitet. Gleichzeitig müssen wir unseren Unternehmen Sorge tragen, denn sie schaffen Arbeitsplätze und Wohlstand. Genau darin sehe ich eine der grossen Aufgaben der nächsten Jahre.

«Politik soll Resultate bringen, nicht Schlagzeilen.»



Nathalie Henseler,  
Redaktionsleiterin FREISINN



Europas Sicherheitsordnung hat sich grundlegend verändert. Am Vortragsabend von FDP Service Public zeigte Divisionär a. D. Alain Vuitel, weshalb Sicherheit mehr verlangt als militärische Mittel: Widerstandskraft, Investitionen und den Willen, Freiheit und Demokratie zu verteidigen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges setzte Europa lange auf die Friedensdividende. Auch die Schweizer Armee wurde in mehreren Reformschritten verkleinert. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Rivalität der Grossmächte sowie Cyberangriffe, Desinformation und Sabotage haben die sicherheitspolitische Lage grundlegend verändert.

Divisionär a. D. Alain Vuitel ordnete diese Entwicklungen am Anlass von FDP Service Public aus militärstrategischer Sicht ein. Seine zentrale Botschaft: Sicherheitspolitik darf nicht auf die Armee reduziert werden. Sie umfasst ebenso funktionierende staatliche Institutionen, kritische Infrastrukturen, eine leistungsfähige Wirtschaft und eine widerstandsfähige Gesellschaft.

#### Sicherheit als Gesamtsystem

Vuitel stellte die «umfassende Sicherheit» ins Zentrum. Im Innersten stehen der gemeinsame Wille und Werte wie Demokratie, Bildung, Kultur und Wissen. Darum herum liegen Strom- und Datennetze, staatliche Führungsfähigkeit, Energieversorgung, Verkehr, Gesundheitswesen, öffentliche Sicherheit und Wirtschaft. Die Armee ist ein zentraler Pfeiler dieses Gesamtsystems.

Der Vortrag knüpfte damit an die aktuelle Ausrichtung des Bundes an. Der Bundesrat hat am 19. Juni 2026 die Leitlinien für die Verteidigung gutgeheissen. Im Vordergrund steht die Abwehr hybrider Bedrohungen und von Angriffen aus der Distanz. Priorität haben unter anderem der Schutz kritischer Infrastrukturen, Führungsfähigkeit, Nachrichtenbeschaffung, Drohnenabwehr, elektronische Kriegführung und Resilienz.

#### Abhalten statt reagieren

Entscheidend ist nicht nur, über militärische Mittel zu verfügen, sondern damit glaubwürdige Wirkung zu erzielen. Vuitel brachte das Ziel auf eine einfache Formel: «Erfolg bedeutet, den Gegner davon zu überzeugen, dass er seine Ziele nicht erreichen kann.»

Glaubwürdige Verteidigung dient damit zuerst der Abhaltung. Sie soll verhindern, dass ein potenzieller Gegner überhaupt zum Schluss kommt, Druck, Erpressung oder ein Angriff könnten erfolgreich sein. Aus Vuitels Sicht darf die Schweiz deshalb im europäischen Sicherheitsgefüge keine Lücke bilden: Wer seine Sicherheit nicht selbst ernst nimmt, schafft Ab-

hängigkeiten und Risiken, die über die eigenen Grenzen hinausreichen.

Vuitel kennt die Schweizer Sicherheitspolitik aus jahrzehntelanger Erfahrung. Seit 1989 war er im VBS in zahlreichen Funktionen tätig, unter anderem als Chef der Nationalen Alarmzentrale, Chef des Militärischen Nachrichtendienstes, Chef der Führungsunterstützungsbasis und Projektleiter Kommando Cyber. Bis Ende Juni 2026 war er Stabschef Operative Schulung der Armee.

Der Abend machte deutlich: Mehr Geld allein schafft noch keine Sicherheit. Gefragt sind klare Prioritäten, moderne Fähigkeiten, widerstandsfähige Strukturen und gesellschaftlicher Verteidigungswille. Für eine liberale Schweiz ist das zentral. Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit – sie setzt voraus, dass wir bereit sind, sie zu schützen.



**Markus Brunner,**  
Vorstandsmitglied FDP Service Public



Das Thema Infrastruktur brennt in der Schweiz unter den Nägeln: Teure Wohnungen, lange Stauzeiten und volle Züge nerven. An der Delegiertenversammlung in Solothurn verabschiedete die FDP. Die Liberalen Schweiz einen Massnahmenkatalog, wie diese «Aufreger» beseitigt werden können. Bereits im März hat der Luzerner Ständerat und Wahlkampfleiter Damian Müller (41) eine Motion eingereicht, welche die Wohnungsknappheit ins Visier nimmt. Der Bundesrat lehnt in seiner Antwort die Motion ab. Müller erklärt im Gespräch mit dem FREISINN, worum es geht.

**Mit deiner Motion möchtest du den Kantonen in Ausnahmefällen in Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden einfache, rasche, lokal klar eingegrenzte und bedarfsorientierte Neueinzonungen ermöglichen. Wird damit nicht ein Hintertürchen geschaffen, damit nicht betroffene Gemeinden wieder einzonen können?**

Nein. Genau das soll verhindert werden. Meine Motion schafft keine generelle Lockerung des Raumplanungsgesetzes, sondern eine eng begrenzte Ausnahmeregelung für Regionen, in denen nachweislich eine akute Wohnungsknappheit besteht. Voraussetzungen wie eine dauerhaft tiefe Leerwohnungsquote, die Zustimmung des Kantons sowie eine lokale Bedarfsanalyse verhindern Missbrauch.

Zudem gilt weiterhin der Grundsatz «Innenentwicklung vor Aussenentwicklung». Wo genügend Potenzial innerhalb der bestehenden Bauzonen vorhanden ist, soll dieses zuerst genutzt werden. Neueinzonungen dürfen erst dann möglich sein, wenn dieses Potenzial ausgeschöpft ist und trotzdem zu wenig Wohnraum entsteht. Es geht um Pragmatismus statt Ideologie.

«Es geht um Pragmatismus statt Ideologie»

**Du kritisierst in deinem Vorstoss vor allem auch die Zeitspanne von 15 Jahren, auf die Einzonungen ausgelegt werden müssen. Weshalb?**

Die 15-Jahres-Regel stammt aus einer Zeit mit anderen Rahmenbedingungen. Heute verändern sich Bevölkerung, Wirtschaft und Wohnbedürfnisse wesentlich schneller. Wenn Regionen stark wachsen, fehlen den Behörden die nötigen Instrumente, um zeitnah zu reagieren. Mein Ziel ist nicht, die langfristige Planung aufzugeben, sondern mehr Flexibilität zu schaffen. Wenn über mehrere Jahre eine akute Wohnungsnot besteht, darf die Politik nicht tatenlos zusehen, weil ein Planungsinstrument zu starr ausgestaltet ist.

**Du begründest deinen Vorstoss damit, dass das in der BV festgelegte Sozialziel klar verfehlt wird, nach welchem Wohnungssuchende für sich und ihre Familien eine angemessene Wohnung zur Verfügung haben sollen. Reicht da nicht eine klare Handlungsaufforderung an den Bundesrat, dieses verfassungsmässig festgelegte Ziel einfach sofort umzusetzen?** Nein. Eine Handlungsaufforderung allein schafft keine einzige zusätzliche Wohnung.

Die Ursachen der Wohnungsknappheit sind bekannt: langwierige Bewilligungsverfahren, Einsprachen, fehlendes Bauland in Wachs-

tumsregionen und eine zunehmend komplexe Regulierung. Deshalb braucht es konkrete gesetzliche Verbesserungen und nicht bloss politische Appelle.

Wer den Mittelstand entlasten will, muss das Angebot erhöhen. Dauerhaft bezahlbarer Wohnraum entsteht nur, wenn wieder mehr gebaut werden kann.

### **Der Bundesrat lehnt den Vorstoss ab – wie interpretierst du diese Absage?**

Ich nehme die Haltung des Bundesrates zur Kenntnis, teile sie aber nicht.

Der Bundesrat verweist auf den Aktionsplan Wohnungsknappheit und laufende Arbeiten. Das begrüsse ich ausdrücklich. Gleichzeitig reichen diese Massnahmen aus meiner Sicht nicht aus, um die Dynamik auf dem Wohnungsmarkt zu brechen.

Nach der Ablehnung der 10-Millionen-Initiative hat die Politik versprochen, die Infrastrukturprobleme aktiv anzugehen. Genau das

tue ich. Wer das Bevölkerungswachstum akzeptiert, muss auch dafür sorgen, dass genügend Wohnungen, Strassen, Schulen und Energieversorgung vorhanden sind. Probleme lassen sich nicht wegdiskutieren – sie müssen gelöst werden.

### **Hast du noch weitere Ideen im Köcher, wie die Schweiz wieder attraktiver wird für den eigenen Mittelstand, ohne dass liberale Grundsätze über Bord geworfen werden müssen?**

Ja. Wir müssen die Bedürfnisse der Bevölkerung wieder besser ins Zentrum rücken, so dass insbesondere auch der Mittelstand wieder bessere Perspektiven in verschiedener Hinsicht hat.

Dazu gehören schnellere Bewilligungs- und Planungsverfahren, weniger Bürokratie, wettbewerbsfähige Steuern, eine sichere Energieversorgung, leistungsfähige Verkehrs- und Digitalinfrastruktur sowie stabile Sozialwerke.

Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass der Staat durch immer neue Vorschriften und Abgaben die Lebenshaltungskosten zusätzlich erhöht. Wer arbeitet, Verantwortung übernimmt und Steuern bezahlt, muss sich Wohnen, Mobilität und Familienleben wieder leisten können.

Liberaler Politik bedeutet nicht, Probleme zu ignorieren. Sie bedeutet, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Menschen, Unternehmen und Gemeinden selbst Lösungen entwickeln können. Genau dort sehe ich den Auftrag der Politik.



**Nathalie Henseler,**  
Redaktionsleiterin FREISINN

«Wir müssen die Bedürfnisse der Bevölkerung wieder besser ins Zentrum rücken»





**Schütz  
dein  
Land!**

**27. 09.**

**NEIN**

**Neutralitäts-  
Initiative**

**29. 11.**

**JA**

**Kriegsmaterial-  
gesetz**

**FDP**

## Ist Print tot?

Der «SonntagsBLICK» wird zugunsten einer Wochenendausgabe mit der Samstagsausgabe zusammengelegt. Die digitalen Angebote der NZZ-Gruppe werden ständig erweitert, von Podcasts bis Video-Interviews. **Der Informationsraum ist umkämpft: Zankäpfel sind unterschiedliche Philosophien**, das Informationskonsumverhalten der jüngeren Generation und das Generieren von Aufmerksamkeit, die länger als drei Sekunden anhält.

Nachdem die FDP Schweiz ihre Social-Media-Präsenz in den letzten beiden Jahren kontinuierlich ausgebaut hat und diese – neben den Petitionen – gerade zu einem weiteren erfolgreichen Campaigning-Instrument heranreift, sind nun weitere Informationsmittel an der Reihe.

In diesem Kontext hat sich das Generalsekretariat entschieden, **die Performance des altbewährten FREISINNS genauer anzuschauen**: Wer ist unsere Zielgruppe? Wen erreichen wir

eigentlich? Ist ein Papierheftli noch zeitgemäss oder ist Print tot?

In Zusammenarbeit mit den Sektionen in den Kantonen haben wir diese Fragen beantwortet und analysiert.

**Wir erfinden den FREISINN neu.** Er wird ein Magazin mit frischem Layout:

- › Mehr Menschen
- › Politische Inhalte, neu präsentiert
- › Mehr Zusammenhalt und Spirit
- › Spürbar gelebte Werte
- › Wissenswertes zur liberalen Geschichte
- › Mit Augenzwinkern und Humor
- › Mitmach-Aktionen

Um diese Aufgabe mit viel Tatkraft anzupacken, ist neu Nathalie Henseler Pfyl als Redaktionsleiterin des FREISINNS ins Kommunikationsteam des Generalsekretariats gestossen. Die 50-jährige Schwyzerin arbeitet seit 20 Jahren in der Politik. **Herzlich willkommen, liebe Nathalie!**

Die ehemalige BLICK-Redaktorin und Seilbahn-Unternehmerin ist Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Kanton Schwyz und ausgewiesene Expertin in der politischen Kommunikation und der Leitung von Wahl- und Abstimmungskampagnen.

Sind Sie auch schon so gespannt wie wir? **Wir freuen uns bereits jetzt auf die November-Ausgabe im neuen Look!**



**Matia Demarmels,**  
Kommunikationschef FDP Schweiz

# Lands- gemeinde

**17. Oktober 2026, Langenthal**

**Für alle, die den  
Wecker stellen.**



**Jetzt anmelden**  
QR-Code scannen, um  
Dich anzumelden und  
alle Infos zu erhalten.



**FDP**

# MEIN ESSEN, MEINE WAHL.



# NEIN ZUM VEGAN- ZWANG!

[ernaehrungsinitiative-nein.ch](http://ernaehrungsinitiative-nein.ch)